



Bundesvereinigung
Opfer der NS-Militärjustiz e.V.
Aumunder Flur 3
28757 Bremen

Berlin, 14. Juni 2012
Geschäftszeichen: PA 6 -00004
Bezug: Ihr Schreiben vom 23. Mai
2012

**Sekretariat PA 6
Rechtsausschuss**

bearbeitet von:
**Oberregierungsrätin
Dr. Christina Ziegenhorn**
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-32430
Telefon: +49 30 227-39132
Fax: +49 30 227-36081
rechtsausschuss@bundestag.de
christina.ziegenhorn@bundestag.de

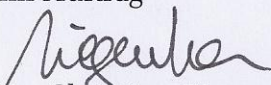
Dienstgebäude:
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Straße 1
10557 Berlin

Ihr Schreiben vom 23. Mai 2012

Sehr geehrter Herr Knebel,
vielen Dank für Ihr Schreiben vom 23. Mai 2012 an den
Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages,
Siegfried Kauder, MdB, der mich gebeten hat, Ihnen zu
antworten. Sie äußern Kritik am Gesetzentwurf für einen
Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der
Bundeswehr.

Der Rechtsausschuss hat als federführender Ausschuss den
Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. Juni 2012 anberaten und
beschlossen, hierzu eine Anhörung am 26. September 2012
durchzuführen. Die Bestellung von Sachverständigen für eine
Anhörung liegt in der Hand der Fraktionen. Die Obleute der
Fraktionen haben Ihr Schreiben erhalten und können deshalb
Ihre inhaltlichen Bedenken und die Anregung, Experten der
Bundesvereinigungen Opfer der NS-Militärjustiz zu der
Anhörung zu laden, in ihre diesbezüglichen Überlegungen
einbeziehen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


Dr. Christina Ziegenhorn

Klingep. GK 21.06.2012